

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

13. Feber 1957

70/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. G o r b a c h, P o l c a r, Dr. H e t z e n a u e r,
Dipl.-Ing. Pius F i n k und Genossen,
an den Bundesminister für soziale Verwaltung,
betreffend die Verleihung des Titels "Medizinalrat" an ehemalige National-
sozialisten.

-.-.-.-

Sowohl der Nationalrat als auch die österreichische Bundesregierung haben wiederholt ihren Willen nach einem möglichst vollkommenen Abbau der Ausnahmegesetzgebung für ehemalige Nationalsozialisten zum Ausdruck gebracht. Ein endgültiger Strich unter die Vergangenheit und die Wiederherstellung der Rechtsgleichheit für alle Staatsbürger stehen im Zentrum aller diesbezüglichen Bemühungen beider Regierungsparteien. Daß dieses Ziel bis heute noch nicht erreicht werden konnte, ist nicht dem mangelnden guten Willen der damit befaßten Abgeordneten beider Parteien, sondern ausschließlich rechtlichen und finanziellen Schwierigkeiten und Hindernissen zuzuschreiben. Diese Tatsache wird von den Betroffenen auch meist eingesehen und gewürdigt, sodaß man mit einigem Recht von einem allgemeinen Befriedungswillen sprechen kann.

Die begrüßenswerte Atmosphäre wird allerdings sehr beeinträchtigt durch eine Haltung, wie sie beispielsweise das Bundesministerium für soziale Verwaltung in der Frage der Verleihung des Titels "Medizinalrat" einnimmt. Mehrfach wurde den Landeshauptleuten mitgeteilt, daß das Bundesministerium für soziale Verwaltung nicht in der Lage sei, einen Antrag auf Verleihung des Berufstitels "Medizinalrat" zu stellen, weil der in Frage kommende Arzt heute vor 19 Jahren einmal irgendwelche Verdienste um die NSDAP im Fragebogen angegeben hat oder ihm z.B. damals die sogenannte Ostmarkmedaille verliehen wurde. Auch wenn es sich dabei um völlig rehabilitierte Leute handelt, fühlt sich das gegenständliche Bundesministerium berechtigt, ihnen "jene durchaus einwandfreie staatsbürgerliche Haltung, die eine wesentliche Voraussetzung für die Verleihung des erwähnten Berufstitels ist" abzuerkennen.

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

13. Feber 1957.

Die unterzeichneten Abgeordneten sehen in diesem Vergehen eine empfindliche Beeinträchtigung ihrer Bemühungen um die innere Befriedung und richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung die

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung bereit, bei der Verleihung des Berufstitels "Medizinalrat" die Rechtsgleichheit zu wahren und künftig Reminiszenzen im oben geschilderten Sinne außer Betracht zu lassen?

-.-.-.-.-